

Wittgensteiner Zeitung

Mit den zwei Gratis-Beilagen:

„Der Wittgensteiner“ und „Illustriertes Familienblatt“.

Redaktion, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Inserate werden die einspaltige Zeile oder deren Raum mit 10 Pf. berechnet, Wiederholungen mit entsprechendem Rabatt.

Nr. 18.

Laasphe, Samstag den 2. März 1895.

20. Jahrgang.

Erzherzog Albrecht †.

(Nachdruck verboten.)

Laasphe, 28. Februar 1895.

Die habsburgische Dynastie wie die gesamte österreichisch-ungarische Monarchie haben mit dem Tode des Erzherzogs Albrecht einen schweren Verlust erlitten, war doch der Verstorbene unzweifelhaft der geistig bedeutendste des Herrscherhauses. Konnten auch die Oesterreicher kaum mehr auf eine Verwerthung der militärischen Talente des Erzherzogs rechnen, weil er hochbetagt war und kriegerische Verwicklungen nicht in Aussicht standen, so verließ doch der Name des greisen Siegers von Custozza dem österreichisch-ungarischen Heere erhöhtes Ansehen und stand er doch den Kerkern des Staatswesens wie den Führern des Heeres als überaus werthvoller Berater zur Seite. An die Person des verstorbenen Erzherzogs knüpfen sich Erinnerungen der schönsten Waffenthaten der Armee in neuerer Zeit.

Erzherzog Albrecht sah sich von demselben Mißgeschick verfolgt wie sein Vater, der Erzherzog Karl, der Sieger von Aspern. Auch er mußte es erleben, wie Tapferkeit, Talent und persönliche Aufopferung unfruchtbar für das Vaterland blieben. Es war, wie die „N. Zfr. Zeit.“ ausführt, stets das Unglück für Oesterreich-Ungarn, daß man fast nie den rechten Mann an den rechten Platz zu stellen wußte, und geschah dies wirklich einmal, dem rechten Mann nicht die nötige Freiheit des Handelns gelassen blieb. Als der Vater des Verstorbenen dem unbefiegbaren Napoleon I. die erste große Niederlage bereitet hatte, setzte man ihn nicht in den Stand, seinen Sieg auszunutzen und es folgte für Oesterreich auf Aspern die entscheidende Niederlage von Wagram. Im Befreiungskriege schob man den Helden auf die Seite, machte den langsamen Schwarzenberg zum Oberbefehlshaber, und so trug nicht Oesterreich, sondern Preußen und Blücher den Ruhm davon, die Macht Napoleons gebrochen zu haben.

Ebenso wenig wie den Erzherzog Karl wußte man seinen Sohn zu verwerthen. Als 1859 in Italien der Krieg mit Napoleon III. losbrach, glaubte man, der Hauptschlag werde am Rhein geführt und hoffte, Preußen hier zum Bundesgenossen zu erhalten. Preußen war bereit, den Krieg zu beginnen, wünschte aber, dann auch den Oberbefehl über die Armeen am Rheine zu erhalten. Den aber hatte man in Wien dem Erzherzog Albrecht zugeordnet, und als nun in Folge österreichischer Anmaßung die Verhandlungen mit Preußen sich zerschlugen, gab es für den ersten Heerführer keinen Posten mehr und nach dem schlecht geleiteten Feldzuge in Italien wurde ein demüthigender und übererlittener Friede geschlossen. 1866 erhielt nicht der Erzherzog das Kommando über die Hauptarmee in Böhmen, sondern das über die, gegen Italien gerichtete Südarmerie.

Benedek übernahm die Oberleitung der böhmischen

Armee, mit welchem Geschick, das lehrte die Niederlage von Königgrätz. Erzherzog Albrecht schlug die Italiener bei Custozza, vermochte aber selbstredend, nach dem Schlage von Königgrätz an die Spitze der Gesamtmittelkräfte zu berufen, nicht mehr den Siegeslauf der Preußen zu hemmen.

Nach dem Kriege von 1866 war der Verstorbene eifrig bemüht, die Umgestaltung und Reorganisation der österreichisch-ungarischen Streitkräfte zu vollziehen und er hat sich durch diese Arbeit ein großes Verdienst um sein Vaterland erworben. Er galt nach dem unglücklichen Kriege als die Seele aller preußenfeindlichen Bestrebungen und konnte sich im Jahre 1870 schwer von dem Plane einer Verbindung mit Frankreich trennen. Er war niemals ein Freund von Preußen-Deutschland und wollte nicht den von seinem Standpunkte aus gewiß berechtigten Gedanken einer Vergeltung für 1866 aufgeben. Erst in den letzten Lebensjahren soll sich Erzherzog Albrecht mit der gegenwärtigen Politik und dem Bunde mit Deutschland befreundet haben.

A. C.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

— Der Kaiser hat am Mittwoch Abend 8 Uhr mittels Sonderzuges die Rückreise von Wien nach Berlin angetreten.

— Der signalisirte Gesetzesentwurf über die Abänderung des Branntweinsteuer-Gesetzes ist dem Bundesrathe jetzt zugegangen.

— Die Commission des Reichstags zur Vorberathung der Tabaksteuer-Vorlage hat sich constituirt und den Centrumsabgeordneten Fröhen zu ihrem Vorsitzenden, den konservativen Abgeordneten Grafen Holslein zu dessen Stellvertreter gewählt. In der Commission überwiegen die bedingten und offenen Gegner der Vorlage deren Freunde.

— Der Reichstagsabgeordnete für Dresden-Land, Hänichen (antsem.) hat wegen andauernder Kränklichkeit sein Mandat niedergelegt. Hänichen siegte bei den Wahlen des Jahres 1893 in der Stichwahl nur mit 94 Stimmen Mehrheit über seinen sozialistischen Gegner, es steht darum zu befürchten, daß dieser industriereiche sächsische Reichstagswahlkreis bei der Nachwahl der Sozialdemokratie zufällt.

— Der Provinziallandtag von Ostpreußen hat sich mit 44 gegen 23 Stimmen zu Gunsten der Errichtung einer Landwirtschaftskammer für Ostpreußen ausgesprochen. Einen entgegengesetzten Standpunkt haben bekanntlich die Provinziallandtage von Hannover und Westfalen eingenommen, indem in beiden Körperschaften die Nothwendigkeit der Errichtung von Landwirtschaftskammern für die genannten Provinzen verneint wurde.

Oesterreich-Ungarn.

Am Dienstag Nachmittag 3 Uhr fand unter Betheiligung einer sehr großen Menschenmenge die Beerdigung der Leiche des Erzherzogs Albrecht statt. Unmittelbar hinter

dem Wagen schritten der deutsche und der österreichische Kaiser, Kaiser Wilhelm in österreichischer Husarenuniform, darnach Großfürst Vladimir, Prinz Emanuel von Ostia und andere Fürstlichkeiten mit den Erzherzögen, die Generalität und Abordnungen, gemischt ohne strenge Abtheilung. Den Schluß bildeten die Infanterie, vier Abtheilungen Marine und Dragoner. Die Beisetzung in der Kapuzinerkirche wurde durch Kanonenschüsse verkündet. Nach der Einsegnung der Leiche durch den Cardinal Gruscha wurde der Sarg unter Trauergebeten in die Gruft verbracht, wo nach nochmaliger Einsegnung der Sarghülle an den Guardian übergeben wurde, während der Hof und die anderen Anwesenden die Kirche verließen.

Frankreich.

Die Hiobspost von der angeblichen theilweisen Niedermehlung der französischen Expedition unter Oberstleutnant Monteil im Senegal-Gebiet seitens feindlicher Stämme hat sich zwar als unbegründet herausgestellt, aber die Lage der Expedition scheint doch eine recht bedenkliche zu sein. Wie in Paris eingegangene Meldungen bezeugen, wollen die Eingeborenen die Truppen Monteils nicht passieren lassen und legen ihnen im Urwalde Hinterhalte. Die französische Expedition kann also sehr leicht noch von einer vernichtenden Katastrophe ereilt werden, falls es nicht gelingen sollte, der kleinen Streitmacht Monteils rechtzeitig Erja zu bringen.

England.

Auch die Engländer stecken jetzt in Westafrika wieder einmal in Schwierigkeiten. Am Brachflusse im Nigerdelta haben ernste Kämpfe zwischen den dortigen eingeborenen Stämmen, welche schon seit einiger Zeit die britische Herrschaft bekämpfen, und englischen Marinetruppen stattgefunden. Die Engländer haben Verwundete wie Tode gehabt, unter letzteren befinden sich mehrere Marineoffiziere. Neuere Meldungen über diese Vorgänge bezeugen, daß Fichtown — wohl der Mittelpunkt der Empörung — von den englischen Truppen ohne weitere Verluste zerstört worden sei und daß hiermit die Operationen gegen die aufständischen Eingeborenen ihr Ende erreicht hätten.

Von der angeblichen antienglischen Bewegung in Egypten ist es wiederum still geworden. Der Aethiops Abbas Pascha bekundet wieder eine entgegenkommendere Haltung gegenüber England, er würde auch um seine Schattenthrone spielen, wollte er seine heimlichen Machinationen gegen die englische Herrschaft in Egypten fortsetzen.

Spanien.

Für Spanien scheint sich auf der Insel Cuba wieder einmal ein Sturm zusammenzubrauen. Depeschen aus Cuba berichten, daß die dortigen spanischen Behörden strenge Maßregeln ergreifen und die durch die Verfassung gewährleisteten Rechte der Cubaner aufheben mußten, um das Brigantenthum auszurotten. Es wird sich wohl um einen neuen Aufstand auf Cuba handeln, behufs seiner Unterdrückung ist vermutlich der Belagerungszustand auf

Der verschollene Sohn.

Erzählung von M. Behhold.

(Fortsetzung.)

„Na, wenn Sie Schlaf und Gesundheit wieder haben wollen, dann befolgen Sie vor Allem meine Vorschriften,“ erwiderte der Doktor, in den früheren derben Ton zurückfallend, „trinken Sie Selterswasser, halten Sie sich warm und lassen Sie die tranken Stellen kräftig einreiben, dann wird's bald besser gehen. Wenn Sie das Alles aber nicht wollen, dann ist es auch überflüssig, daß Sie noch ferner mich zu Rathe ziehen!“

„Ist das Ihr Ultimatum, Doktor?“ fragte der General fastastisch. „Sapperment, so verfährt man nicht mit einem alten Freunde! Wenn ich mich zu Ihrer Enthaltensamkeit entschließen wollte, dann wäre Ihr Rath allerdings sehr überflüssig, aber so kurirt man im Militär-lazareth den Rheumatismus der widerhaarigen Rekruten, mir dürfen Sie damit nicht kommen. Ich verlange von Ihnen, daß Sie mich von diesen elenden Schmerzen befreien, ohne daß ich genöthigt werde, meine gewohnte Lebensweise zu ändern, und wenn Sie das nicht können, dann gebe ich für Ihre ganze Wissenschaft keinen Deut.“

„Na, das war deutlich gesprochen,“ sagte der Doktor, der sich erhoben hatte und nur mit Mühe seine Erregung bezwingen konnte. „Hätte ich rückwärts mit Ihnen verfahren wollen, so würde ich Sie mit einer Tasse Kamillenthee in's Bett geschickt haben, jetzt bleibt mir nichts anderes übrig, als Ihnen die Adresse eines Bandagisten zu schicken, damit Sie wissen, wo Sie Ihre Rücken kaufen können.“

Damit eilte er von dannen, der General aber ließ

sich durch die ihm angedrohten schlimmen Folgen nicht abhalten, sein Glas wieder zu füllen.

„In dieser Weise hatte der Doktor ihn schon oft verlassen, aber am nächsten Tage war er doch wieder gekommen, wenn es auch unter dem Vorwande geschah, daß er nicht den Patienten, sondern den Freund besuchen wolle.“

4.

Der alte Doktor befand sich in einer sehr gereizten Stimmung, als er den General verließ, denn nichts konnte ihn gründlicher ärgern, als der Widerspruch eines Patienten gegen seine Anordnungen.

Aber ebenso rasch wechselte auch seine Stimmung wieder, und er konnte sich eines tiefen Mitleidsgefühls nicht erwehren, als er im Korridor der Generalin begegnete, die seinen Gruß kaum erwidern schweigend an ihm vorbeischnitt.

Todesbleich war das noch immer schöne Antlitz der eleganten Dame, tiefer Schmerz spiegelte sich in dem starren Blick, der den Doktor flüchtig streifte, und dieser Blick erinnerte den alten Herrn wieder an die Mittheilung, die General v. Steinthal ihm über das Schicksal seines Sohnes gemacht hatte.

Er bereute schon, so derb aufgetreten zu sein, aber ihm waren doch auch Worte gesagt worden, die jedem Anderen ebenfalls die Galle in's Blut getrieben haben würden.

„Ach was, ein Hausnarr ist er,“ brummte er, „ich kann ihm nicht helfen, später wird er einsehen, wie gut ich es mit ihm gemeint habe.“

Mit diesem beruhigenden Trost verließ er die Villa, und er hatte eben das Gitterthor hinter sich zugezogen, als er sich dem Polizeidiener Heß gegenüberfand, der bei seinem Anblick schon zur Seite trat.

„Na, was wollen Sie hier?“ fragte der Doktor, die Brille dichter vor die Augen rückend. „Es sieht fast so aus, als ob Sie kein reines Gewissen hätten — wie?“

Ein verlegenes Lächeln glitt über das rothe, aufgedunsene Gesicht des Beamten.

„Wie können Sie das nur glauben, Herr Doktor!“ erwiderte er. „Ich und kein gutes Gewissen!“

„Na, na, haben Sie nicht gestern Abend unter der Veranda des Hotels gestanden? Es sollte mir leid thun, wenn Sie das, was Sie bei dieser Gelegenheit gehört haben, verwerthen wollten, Sie kennen den alten Görner ja, er schwätzt sehr viel, was er nicht verantworten kann, und eben weil das Jeder weiß, ist sein Geschwätz ungefährlich.“

„Ich weiß wirklich nicht, was Sie meinen,“ sagte der Polizeidiener ausweichend. „Was andere Leute reden, kümmert mich weiter nicht, ich habe genug zu thun, wenn ich meine Amtspflichten erfüllen will, sie werden mir wahrhaftig nicht leicht gemacht.“

„Hm, man kann das glauben oder nicht, Heß, jedenfalls will ich Sie warnen, und ich meine, Sie hätten Grund genug, auf meine Worte etwas zu geben. Sie wollten zum General — ist es nicht so?“

„Nein, Herr Doktor!“

„Wirklich nicht? Na, was haben Sie dann hier zu suchen?“

Der Burche des Herrn Generals hat sich darüber beschwert, daß die Frau Brinmann jeden Tag hier am Gitter steht und seltsame Reden führt —

„Und da wollen Sie der armen Frau Grobheiten sagen?“ unterbrach der Doktor ihn rasch. „Dazu haben Sie kein Recht, dieser Weg ist städtisches Eigenthum, und die Wittve Brinmann kann hier so gut gehen, wie jede

der Insel verkündigt worden. Infolge der bannurthigenden Nachrichten aus Cuba hielt der spanische Ministerrat am Montag eine außerordentliche Sitzung ab, in welcher die auf Cuba getroffenen Maßnahmen des dortigen Gouverneurs zur Unterdrückung der „Briganten“ genehmigt wurden. — Das zwischen Spanien und Marokko infolge der letzten Unruhen bei Melilla vereinbarte Abkommen ist am Sonntag in Madrid unterzeichnet worden.

Reichstagsverhandlungen.

Am Montag theilte der Präsident im Reichstag zu Beginn der Sitzung mit, daß der Abg. Hämichen (Dtschloz. Kesp.) sein Mandat niedergelegt hat. Der Abg. Richter (fr. Volksp.) zog seine Interpellation, betreffend die Neuwahl im Wahlkreis Eisenach zurück, nachdem der Staatsminister v. Bötticher erklärt hatte, daß die weimarische Regierung den für die Wahl bestimmten Termin aufgehoben und die Aufstellung von neuen Wählerlisten veranlaßt habe.

Es folgte die erste Beratung des Finanzgesetzes nach welchem die Matricularbeiträge und die Ueberweisungen balancieren, die etwaigen Ueberschüsse zu einem Fonds, der zur Deckung von Fehlbeträgen bestimmt ist und 40 Millionen nicht übersteigen darf, gesammelt werden soll, während weitere Ueberschüsse zur Schuldentilgung verwendet werden sollen. Staatssekretär Graf Pofadowsky: Die Reform sei in Folge der Schwankungen im Finanzwesen notwendig geworden; diese Schwankungen seien durch das gegenwärtige Verhältnis zwischen dem Reich und den Einzelstaaten verursacht. Die von der Vorlage in Aussicht genommene Neuerung sei aber nicht bloß ein Bedürfnis Preußens, sondern vielmehr ein Bedürfnis der kleineren Bundesstaaten, welche der Reform noch dringender bedürften zur Regelung ihrer Finanzen. Abg. Richter (fr. Volksp.) betont, daß die Vorlage eine grundsätzliche Bedeutung in finanzieller, politischer und konstitutioneller Beziehung habe. Sie habe aber für die Einzelstaaten einen problematischen Werth, denn dieselben würde sie nur einen geringen Vortheil bieten; mit der Zeit könnte sie ihnen geradezu zu Nachtheil reichen. Der Staatssekretär habe die Finanzlage schwarz gemalt, um für die Tabaksteuer Stimmung zu machen. Die Vorlage brauche nicht weiterverhandelt zu werden; aber wenn man die Weiterberatung wolle, dann solle sie der Tabaksteuer-Kommission überwiesen werden. Bayerischer Bevollmächtigter Fehr. v. Stengel hebt, gegen den Abg. Richter polemisierend, hervor, daß Bayern vor einem Defizit stehe, wenn die Reichsfinanzreform nicht zu Stande käme, und dann den Fehlbetrag durch eine Erhöhung der direkten Steuern decken müsse. Meiningischer Bevollmächtigter v. Heim und Weimarer Bevollmächtigter Heerwart treten ebenfalls mit Rücksicht auf die Finanzlage ihrer Heimathänder für die Vorlage ein. Abg. Lieber (Ert.) erklärt, daß seine Partei gegen die Vorlage wenig Bedenken habe, insofern, als diese nicht mehr wie die vorjährige die Nothwendigkeit mit sich bringe, neue Einnahmequellen für das Reich zu schaffen. Dagegen habe seine Partei schwere Bedenken wegen der Art und Weise, wie die Frankfurter Klausel in der Vorlage behandelt werde; das Centrum sei ernstlich gewillt, mitzuwirken, um — wenn möglich, ohne schwere neue Reichseinnahmen, — der Vorlage in der Kommission eine solche Fassung zu geben, daß sie zum Wohle des Reiches und der Einzelstaaten gereiche. Abg. v. Frege (Ert.) hält an dem Grundsatz fest, daß die direkten Steuern den Einzelstaaten, die indirekten dem Reich zuzählen. Die indirekten Steuern seien noch lange nicht genügend ausgebildet, während die Erhöhung der direkten Steuern die breiten Schichten des Mittelstandes am schwersten treffen würde.

Am Dienstag wurde im Reichstage die erste Beratung des Finanzgesetzes beendet. Abg. Enneccerus (natlib.) tritt für die Regelung des finanziellen Verhältnisses zwischen dem Reich und den Einzelstaaten ein und betont, daß die Folgen der Tabaksteuer für die Produktion weit übertrieben würden. Sächsischer Finanzminister v. Wagdorf führt aus, daß auch die vorgeschlagene Finanzverwaltung die Unsicherheit der Finanzlage nicht erheben könne; das könne allein eine durchgreifende Finanzreform. Abg. Bebel (soz.) lehnt die Vorlage, deren Konsequenzen fortgesetzte Mehrforderungen wären, ab. Bayerischer Bevollmächtigter v. Stengel weist, gegen den Abg. Bebel polemisierend, darauf hin, daß in Bayern der Lohnverdienst außerst niedrig besteuert sei. Weimarer Bevollmächtigter Heerwart bemerkt, daß sein Heimathland vor einem bedeutenden Defizit stehe, wenn die Tabaksteuer nicht bewilligt würde. Abg. v. Kardorff (Reichsp.) betont, daß in allen anderen Kulturländern das System der indirekten Steuern mehr ausgebildet sei, als bei uns. Staatssekretär Graf Pofadowsky wendet gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Richter ein, daß dieser vor

andere Person. Wenn dem Burschen die Reden der Frau nicht gefallen, so mag er selbst ihr seine Ansicht darüber sagen, die Polizei ist nicht berechtigt, sich einzumischen. Lassen Sie sich nicht aufheizen, Heß, so fest stehen Sie nicht, wenn begründete Beschwerden über Sie einlaufen, dann könnten die Stadtverordneten sich bewegen sehen, Ihnen den Stuhl vor die Thüre zu stellen.“

Der Polizeidiener blickte betroffen dem alten Herrn nach, der jetzt das Gitterthor zur Villa Kiedel's öffnete; dann aber blickte es plötzlich wie Haß und Rachsucht in den starren Augen auf, und mit einem Fluch schritt Heß langsam dem Städtchen wieder zu.

Das also war der Dank, daß er so lange sein Amt treu und gewissenhaft verwaltet hatte? Eine geringfügige Beschwerde über ihn genügt, ihm sein Brod zu nehmen? Lagen die Dinge so, dann war es Zeit, sich vorzusehen, damit die Ereignisse ihn nicht überraschten, aber jetzt sollte das Städtchen auch erfahren, welchen tüchtigen, schneidigen Beamten es verlor, wenn er abgesetzt wurde.

Er sah sich um, ob er nicht irgend einen Buben ertwischt konnte, der eine ungeschickte Handlung beging, und richtig, da hatte er auch schon, was er suchte!

Einige hoffnungsvolle Zöglinge der Elementarschule prügeln sich auf dem Werk, mit einem kräftigen Soldatenschlag fuhr Heß in den Knäuel hinein, rechts und links Ohrfeigen austheilend, daß die kleine Schaar heulend auseinanderstob.

Und wie es in solchen Fällen immer zu geschehen pflegt, sammelten die Mißhandelten sich in respektvoller Entfernung, der Zwist war vergessen, gemeinsames Interesse befestigte das gelockerte Band der Freundschaft wieder. Und dieses gemeinsame Interesse äußerte sich in Worten, die für den Polizeidiener keineswegs schmeichelhaft waren, denn dann auch die Galle dermaßen in's Blut stieg, daß er eine Ruderfange ergriß, in der offenkundigen Absicht, die Beleidiger damit zu züchtigen.

Aber zur Ausführung dieses Vorhabens kam es nicht,

anderthalb Jahren bei der Beratung der Militärvorlage die finanzielle Lage viel ungünstiger dargestellt habe, als jetzt. Abg. Richter (fr. Ver.) erkennt an, daß die Finanzlage der kleinen Bundesstaaten sehr ungünstig sei, das wäre aber die Folge der Steuerpolitik seit 1879; die jetzige Vorlage werde die Lage keineswegs bessern. Abg. Hug (Ert.) befragt die Vorlage, damit eine Festlegung des Budgets der Einzelstaaten herbeigeführt werde. Nachdem die Abg. Richter (fr. Volksp.), v. Frege (Ert.) und Enneccerus (natlib.) nochmals ihren Standpunkt dargelegt haben, wird die Vorlage der Tabaksteuer-Kommission überwiesen. Schließlich wird eine Reihe von Wahlprüfungen erledigt.

Am Mittwoch wurden im Reichstage der Antrag Auer (soz.) auf Aufhebung der dem Statthalter von Elsaß-Lothringen übertragenen außerordentlichen Gewalten und der Antrag Colbus (Elsaß.) auf Abänderung des Gesetzes, betreffend die Verfassung und die Verwaltung Elsaß-Lothringens, in dritter Lesung angenommen. Darauf wurde die Beratung des Antrags Hise (Ert.), die gewerblichen Verhältnisse der Arbeiterinnen sowie der Arbeiter betreffend, fortgesetzt. Abg. Moltenbuhr (soz.) betont, gegen die früheren Ausführungen des Abg. Schall polemisierend, daß der Einfluß der Arbeiterinnen nur dort Gefahr drohe, wo die Löhne niedrig seien, und tritt für eine Abschränkung der Arbeitszeit ein. Abg. Barth (fr. Ver.) führt aus, daß die Verhältnisse in den Industriezweigen verschieden seien, es sei daher bedenklich, hier auf dem Wege der Gesetzgebung generalisiren zu wollen. Abg. Hüppeden (Ert.) erklärt sich Namens eines Theiles der konservativen Partei für den Antrag Hise. Derselben Standpunkt vertritt der Abg. Schall (Ert.), der insbesondere gegen den Abg. Moltenbuhr hervorhebt, daß die Sozialdemokraten mit ihren Bestrebungen nicht das Wohl der Arbeiter, sondern die sozialdemokratische Agitation fördern wollten. Abg. Möller (natlib.) spricht sich gegen die allgemeine Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen aus. Nach dem Schlusswort des Abg. Hise (Ert.) wird der Antrag angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrags der Abgg. Freier v. Hammerstein (Ert.) und Freier v. Mantuffel (Ert.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, nach welchem Israeliten, die nicht Reichsangehörige sind, die Einwanderung über die Grenzen des Reichs unterlagert wird, in Verbindung mit der ersten Beratung des von den Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Dtschloz. Kesp.) und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Einwanderung ausländischer Juden. Abg. Jakobskötter (Ert.) führt aus, die Juden hätten einen schädlichen Einfluß auf unser Volk geübt, es wäre daher keine Veranlassung, die Einwanderung ausländischer Juden zu gestatten; es liege im Gegentheil im Interesse des Vaterlandes, eine derartige Einwanderung zu verhindern. Abg. Bindewald (Dtschloz. Kesp.) vertritt gleichfalls die Ansicht, daß von den Juden unserm Volksleben Gefahr drohe. Abg. Voghter (soz.): Wenn die Antragsteller meinen, daß durch eine Einwanderung ausländischer Juden das Vaterland geschädigt würde, so verzweifeln sie damit an der Haltbarkeit ihrer eigenen Grundzüge. Abg. Sachse (Ert.) führt aus, in gewissem Sinne müsse jeder gute Deutsche Antisemit sein; denn wenn es so weiter gehe, dann würden beispielsweise in der Reichshauptstadt die Christen nur noch geduldet werden. Abg. Baasche (natlib.) hebt hervor, daß die Behauptung, als ob an den wirtschaftlichen Schäden hauptsächlich die Juden die Schuld trügen, große Uebertreibung sei. Ausnahmemaßregeln, wie sie die Antragsteller wollten, hätten keinen Zweck. Darauf wird die Beratung vertagt.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus eröfnete am Montag vor dem Eintreten in die Tagesordnung das Andenken des verstorbenen konservativen Abg. Schmidt-Steglich durch Erheben von den Sitzen. Alsdann wurde in der zweiten Beratung des Kultusgesetzes fortgefahren. Die Abg. Seyffarth (natlib.), Weierkamp (fr. Volksp.), Dietrich (Ert.), Bötticher (natlib.), Graf v. Moltke (freik.) u. A. treten für das Interesse der akademischen Hilfslehrer ein und verlangen, daß deren Lage aufgebessert werde. Der Kultusminister führt aus, daß die Agitation für die Hilfslehrer viel zu weit gehe. Dieselben seien im Allgemeinen besser gestellt, als andere junge Beamte. Der Kultusminister rügt es, daß der Lehrerstand, der doch gerade berufen sei, den idealen Sinn zu pflegen, immer nur materielle Interessen, Titel- und Rangfragen in den Vordergrund stelle. Dem Abg. v. Jagdzewski (Pole), der über Mangel an Parität auf den Gymnasien der Provinz Posen klagt, wird vom Regierungssitze ein statischer Nachweis darüber entgegengesetzt, daß die Zahl der katholischen Lehrer daselbst genau wie die der katholischen Schüler ein Drittel der Gesamtzahl betrage. Auf den Vorhalt desselben Vorredners, daß auf Gymnasien keine Väter geführt

die Stange wurde von der jehtigen Faust des Fährmanns festgehalten, an dessen kleinem Hauße sie lehnte. „Gernach!“ sagte Jakob Schorn mit rauher Stimme. „Ihr habt da etwas vor, was Euch später gereuen könnte.“

Der jorgelühende Blick des Beamten ruhte einige Sekunden lang auf der gedrunghenen, knochigen Gestalt und dem breiten, dunkelgelben Gesicht des Fährmanns, der höhnisch lachend ihm sein ganzes kräftiges Gebiß zeigte.

„Laßt los,“ erwiderte Heß befehlend; „soll ich mich von diesen Lotterbuben verhöhnen lassen?“ „Und wer hat Euch ein Recht gegeben, diese Jungen zu schlagen?“ fragte der Fährmann. „Wenn sie hier auf dem freien Platz sich katzbalgen, was schadet's Euch? Wir haben's auch gethan, als wir noch jung waren.“

„Wollt Ihr mich hindern, meine Amtspflichten zu erfüllen?“ fuhr der Polizeidiener auf, der die Ruderfange noch immer fest hielt. „Es könnte Euch theuer zu stehen kommen.“

„Bange machen gilt nicht!“ höhnte Schorn, ohne darauf zu achten, daß der Kreis der neugierigen Zuhörer, der sie umgab, immer dichter wurde. „Ich hab' die Polizei nicht zu fürchten, und dies ist mein Ruder, bester Mann, laßt die Finger von meinem Eigenthum.“

Die Umstehenden lachten, und dieses schadenfrohe Gelächter reizte die Wuth des Beamten noch mehr.

„Ihr werdet's bereuen!“ sagte er knirschend. „Wer sich an einem Beamten vergreift —“ „Seid nicht kindisch, Heß, wer vergreift sich denn an Euch? Macht doch nicht so viel Lärm um eine Kleinigkeit! Die Jungen sind längst fort, was wollt Ihr jetzt noch mit der Stange?“

Heß hatte das Ruder wirklich losgelassen, in maßlosem Zorne holte er sein Notizbuch aus der Tasche, aber der Fährmann legte seine breite schweißige Hand auf das Buch und blickte ihm furchtlos in die glühenden Augen. „Macht keinen Unfinn,“ sagte er leise und eine feste

würden, deren Inhalt die andere Konfession verletzen könnte, erwidert Abg. Sattler (natlib.) für Schulbücher sei das selbstverständlich. Wollte man diese Rücksicht aber auf die Werke in den Gymnasialbibliotheken ausdehnen, so gehe das zu weit. Abg. Schmidt-Barburg (Ert.) erkennt an, daß auf den Berliner Gymnasien für den katholischen Religionsunterricht durch Einrichtung von Gruppen gesorgt wird, und will dieselbe auch auf die Gymnasien der Vororte ausgedehnt wissen. Vom Regierungssitze aus wird zugefügt, allen thätigsten Bedürfnissen hierin entgegenzukommen. Abg. Fehr. v. Heeremann (Ert.) verlangt einen Neubau für das baufällige Gymnasium in Münster. Der Kultusminister erwidert, daß der Plan dazu bereits in Arbeit sei. Abg. Graf zu Eimburg-Stirum (Ert.): Der Abg. Fehr. v. Heeremann sei ja ein einflußreicher Mann im Reiche, und hoffentlich werde er sorgen, daß das Reich Preußen die nötigen Mittel verschaffe, um neue Schulen bauen zu können. Das Verlangen des Abg. Brömel (fr. Ver.), den Lehrern an Gymnasien, die aus besonderen Stiftungen erhalten, unter staatlichem Patronat stehen, dieselben Gehaltsbedingungen wie an den königlichen Anstalten zu gewähren, wird vom Geh. Ober-Keg.-Rath Bohl mit der Begründung abgelehnt, daß dazu einstweilen noch die Mittel fehlen.

Am Dienstag wurde im Abgeordnetenhaus die zweite Lesung des Kultusgesetzes fortgesetzt. Beim Kapitel Seminare theilt Ministerialdirektor Kögler mit, daß die Regierung bestrebt sei, bestehende Härten bezüglich der Seminarhelfer zu beseitigen. Nachdem eine Reihe von Einzelheiten erörtert worden, bringt der Abg. Dietrich (Ert.) wiederum Klagen über unparitätische Behandlung der Katholiken in Schulfragen vor und tritt für die konfessionelle Schule ein. Ministerialdirektor Kögler: Die Unterrichtsverwaltung mache von ihrem Recht, Zwangsmaßregeln auszuüben nach Möglichkeit solchen Gemeinden gegenüber Gebrauch, welche sich weigerten, für konfessionelle Minderheiten besondere Schulen einzurichten. Abg. Conrad (Ert.) tritt für polnischen Religionsunterricht in Oberschlesien ein. Der Kultusminister hält ein solches Zugeständnis angesichts der heutigen großpolnischen Agitation, die die Oberschlesier Preußen zu entfremden suche, für mehr denn je unmöglich. Abg. Stephan (Ert.): Die Ertheilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache sei um so notwendiger unter Verhältnissen, wo Vater und Mutter auf Arbeit gingen und deshalb auf die Kinder keinen erzieherischen Einfluß üben könnten. Andernfalls, werde, wie ja schon die Strikes und Krawalle in Oberschlesien gezeigt hätten, der Sozialdemokratie der Boden bereitet. Der Kultusminister will sich durch diese Gründe nicht überzeugen lassen. Es sei bedauerlich, daß auch manche Deutsche in Oberschlesien nach der falschen verlockenden Melodie tanzten, welche die großpolnische Agitation vorspiele. Wollte man die 30 Jahre konsequent durchgeführte Sprachen- und Schulpolitik fallen lassen, so hieße das die Leute mit Gewalt den großpolnischen Bestrebungen überliefern. Was die soziale Gefahr betrafte, so trieben Blätter wie der polnische „Kurier“ erst recht eine gefährliche Agitation. Abg. Sattler (natlib.): Polnischer Religionsunterricht sei in Oberschlesien um so weniger am Plage, als dort nicht Hochpolnisch, sondern Wappolnisch gesprochen werde. Der Staat habe die Pflicht, in seinen Schulen das Deutschthum zu fördern und nicht Stärkung fremder Nationalitäten bezutragen. Abg. Porich (Ert.) tritt für Abschaffung der Simultan Schulen ein, soweit sie noch bestünden, und vertritt das Bedürfnis nach polnischem Religionsunterricht in Oberschlesien; die scharfe Ablehnung des Herrn Ministers erfülle ihn mit lebhaftem Bedauern. Lediglich die verderbliche Schulpolitik sei Ursache, daß die polnische Agitation entstanden sei. So wichtig das Erlernen des Deutschen für die Schulkinder sei, das Erlebe sei es nicht; das sei vielmehr die Erfassung der Religion, und dazu brauche man das Polnische. Abg. Glatzfelder (Ert.) spricht für die enge Anlehnung der Volksschule an das kirchliche Leben unter weiser Einschränkung des Lehrstoffes. Nachdem der Abg. Schröder (Pole) das Polenthum Oberschlesiens auch seinerseits in Schutz genommen, schlägt der Abg. Fehr. v. Jedlich (freik.) den Polen und dem Centrum vor, einmal mit ihren Angriffen auf die Schule aufzuhören und dafür den Oberschlesiern klar zu machen, welche sittliche und wirtschaftliche Vorteile sie durch die Schule gewönnen. Dann werde sicherlich Friede und Eintracht kommen. Abg. Bumiller (Ert.) findet es unbillig, daß die Geistlichen, die an den hohenzollernischen Elementarschulen den Religionsunterricht erteilten, darin vor dem Kreisinspektoren öffentliche Prüfungen veranlassen müßten. Der Kultusminister erwidert, daß darüber bisher noch mit keiner Silbe beim Ministerium Klage erhoben sei, obwohl ein katholischer Regierungsschulrath in Hohenzollern amire. Abg. Dasbach (Ert.) beklagt sich nochmals über die Zurücksetzung der Katholiken bei Einrichtungen von Schulen, namentlich in Westpreußen. Ministerialdirektor Kögler weist nach, daß im Verhältniß der Einwohner nach

Entschlossenheit lag in dem Zorne, den er anschlug. „Euch ist's freilich eine Kleinigkeit, die Sache so zu drehen, daß ich bestraft werde; aber wißt Ihr auch, was darauf folgt? Denkt an alte Zeiten, Heß, wenn ich einmal anfangen zu reden, dann sind die Jungen und die Hunde fortan sicher vor Euch!“

Der Beamte sah ihn starr an, sein Zorn schien urplötzlich veriraucht zu sein, nur innere Angst sprach aus seinen verzerrten Zügen.

„Kommt mit mir in's Haus,“ fuhr der Fährmann fort, „es wird Euch nicht angenehm sein, wenn Jeder hört, was wir jetzt mit einander zu reden haben.“

Heß mußte die Richtigkeit dieser Behauptung anerkennen, aber er glaubte seiner Autorität zu viel zu vergeben, wenn er seine Niederlage erkennen ließ.

„Was steht Ihr da und gafft?“ fuhr er die Umstehenden an, aber als in diesem Moment sein Blick auf den Rentner Görner fiel, brach er plötzlich ab, um rasch dem Fährmann in das kleine Haus zu folgen.

Neben dem Rentner stand ein kleiner hagerer Mann mit einem außerordentlich pfliffigen Gesicht, das ein dünner rother Backenbart umrahmte, und da er den Hut in der Hand trug, konnte man auch bemerken, daß der größte Theil seines edigen Schädels so kahl und glatt war wie eine Billardkugel.

„Begreifen Sie das, Herr Görner?“ fragte er, zu dem Rentner aufschauend, als der Polizeidiener hinter der Hausthüre Jakob Schorn's verschwinden war.

„Nein, Gennemann,“ erwiderte Görner auf die an ihn gerichtete Frage des Barbiers, „daraus soll ein Anderer klug werden. Daß der Heß im Begriff stand, einen dummen Streich zu machen, mußte Jedem einleuchten, aber der Kukul mag wissen, wodurch der Fährmann diesen Eisenfresser eingeschüchtert hat. Sie rasiren ja den Schorn —“ „Jede Woche einmal, nur Samstags, und eine Heidenarbeit ist es, das können Sie mir glauben, ich erschreke jedesmal, wenn ich den Mann mit seinem Stoppsfeld auf meiner Bank sitzen sehe.“

(Fortf. folgt.)

der Konfession zu, hingegen sollten, anstatt Haus ins Ein unterstügen, n

Am Mittwoch Abg. Baasche Baron v. Gu Fehr. v. B laut welcher d um die Extr künstlicher Dü Frachtermäßig Kalijolge. daß vom auf alle Enge minister v. B Lage sei, die Vertrag mit auch habe der die Regierung beim Syndikat

Die Man und Kranz (kommissionen der Wahlprüf für ungültig, anstand.

Es folgen willigung der an Orten wo der Staatsreg bett. den K durch Ueberge von den Red es ein ungehe Königsberg u andern als i darüber eine anprüchen. führen dageg Katholiken sei Eine aus Gemeindefom jenes über V ung zu über mit, daß das stationen bere ist, daß das gewonnen hal gierung „zur

— Mar hierher gelan zusammen m zu bejuden

— Ham Hamm soll tungsdiens Ausgerden so gestellt werde

— Dort Unterfchunda Der Schu durch das A lungen erl

— Gelf figen Bahnh eine Frau er waren, verju Der am Le heranbraufen aber gegen i

— Frik Konstantin schon seit j immer noch brochen, bis fens immer nur durch w brochen wird folgt. In Etern also da sonst de Speisen um

— Frie der Aderer Anstiftung freigesproche

— Bre fchen Lloyd wegen Anfa daner Geri

— Ngt sind auf de wurden die

— Pa gestrige M französisch theilzunehmen

— Lor ein ganzer eine Feuer Arbeit kom bei dem B

— De stellt sich g Davon wi wert, der und Wasse Transports verwendet.

— ** La Sitzung la Magistrat der Geme Bürgermei und geneh Zuschier-geheßes zu in Einma

der Konfession berechnet, in Westpreußen der katholischen Lehrer zu-, hingegen in der evangelischen abgenommen habe. Die Herren sollten, anstatt hier Klagen zu erheben, deren Begründung das Haus ins Einzelne doch nicht nachgehen könne, die Regierung darin unterstützen, neue katholische Schulen zu schaffen.

Am Mittwoch hielt das Abgeordnetenhaus Schwerin ab. Abg. Baasche (natlib.) befragte die von ihm mit den Abgg. Baron v. Gustedt-Labladen (konj.), Frhrn. v. Huene (Str.) und Frhrn. v. Zedlitz (freikons.) gemeinsam gestellte Interpellation, laut welcher der Staat aufgefördert werden soll, der Landwirtschaft, um die Ertragsfähigkeit des Bodens zu erhöhen, den Bezug künstlicher Düngemittel zu erleichtern, und zwar einerseits durch Frachtermäßigungen, andererseits durch Verbilligung der Preise für Kalisalze. Der Minister der öffentlichen Arbeiten theilte mit, daß vom 1. März an die Staatsbahnfrachten für Düngemittel auf alle Entfernungen um 20 v. H. ermäßigt werden. Handelsminister v. Berlepsch legt dar, daß der Fiskus allein nicht in der Lage sei, die Preise für Kalisalze herunterzusetzen, weil er seinen Vertrag mit dem Kalisyndikat nicht ohne Weiteres lösen könne; auch habe der Fiskus nur 15 v. H. der Kaliproduktion in Händen. Die Regierung sei indes bereit, für eine Verbilligung der Preise beim Syndikat zu wirken.

Die Mandate der Abgg. Engels (freikons.), Loh (b. l. F.) und Kranz (b. l. F.) werden dem Antrage der Geschäftsordnungs-Kommission entsprechend für nicht erloschen erklärt; laut Antrag der Wahlprüfungskommission die Wahl des Abg. Lucius (freikons.) für ungültig, die Wahl des Abg. v. Baumbach (konj.) wird beanstandet.

Es folgen Petitionen. Verschiedene derselben, welche um Bewilligung der staatlichen Mittel zu Alterszulagen an Lehrer auch an Orten wo mehr als 1000 Einwohner eintreffen, werden der Staatsregierung als Material überwiesen. Einige Petitionen, betr. den Religionsunterricht der Kinder bei Mischschulen, werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, nachdem eine Anzahl von den Rednern des Zentrums sich dahin ausgesprochen hat, daß es ein ungeheures Verlangen der Regierungen zu Marienwerder, Königsberg und Danzig sei, von Eltern, die ihre Kinder in einer andern als in der Religion des Vaters erziehen lassen wollen, darüber eine protokolllarische Erklärung vor dem Landrath zu beantragen. Redner der Rechten und Geh. Reg.-Rath v. Bremen führen dagegen aus, daß mit diesen Bestimmungen die Rechte der katholischen Kirchenbesitzer beeinträchtigt würden.

Eine ausführliche Debatte entpinnst sich aus dem Antrag der Gemeindeforschung, verschiedene Petitionen um Erlass eines Gesetzes über Verpflegungsinstitutionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Geh. Reg.-Rath v. Trott zu Solz theilt mit, daß das Ministerium des Innern die Frage der Verpflegungsinstitutionen bereits geprüft habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, daß das Verpflegungswesen große und gegenwärtige Bedeutung gewonnen habe. Die Petitionen werden schließlich der Staatsregierung „zur Erwägung“ überwiesen.

Kurze Mittheilungen.

— **Marburg**, 25. Febr. Herr Dr. Bödel hat die Mittheilung hierher gelangen lassen, daß er die Absicht habe, in nächster Zeit zusammen mit seinem Freunde Alwardt den Wahlkreis Marburg zu besuchen und sich mit seinen Wählern auseinanderzusetzen.

— **Hamm**, 25. Febr. Im Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm sollen im Laufe des Jahres 59 Anwärter zum Vorbereitungsdienst für die Gerichtsschreiberprüfung angenommen werden. Außerdem sollen zu Gerichtsvollziehern 20 Militäramtswarter eingestellt werden.

— **Dortmund**, 24. Febr. Der einzige Sohn eines Lehrers, Untersekundar des Gymnasiums, spielte mit einem Revolver. Der Schuß ging los und die Kugel drang dem jungen Menschen durch das Auge in den Kopf. Der Unglückliche ist seinen Verletzungen erlegen.

— **Selsenkirchen**, 26. Febr. Bei der Einfahrt in den hiesigen Bahnhof wurde von einem von Banne kommenden Schnellzug eine Frau erfaßt und getödtet. Obgleich die Schranken geschlossen waren, versuchte dennoch die Frau, über das Geleise zu kommen. Der am Uebergang stehende Wärter wollte die Frau vor dem heranbrausenden Zuge im letzten Augenblicke noch wegweisen, fürzte aber gegen die Maschine und erlitt einen doppelten Armbruch.

— **Freilich**, 24. Febr. Der 19jährige Sohn des Bauern Konstantin Leber im Dorfe Lohne (1 Stunde von Freilich) frant schon seit fünf Jahren an „Schlafsucht“. Derselbe wurde aber immer noch von zeitweiligem Wachsein auf mehrere Stunden unterbrochen, bis seit August vorigen Jahres der Zustand des Schlafens immer länger andauerte und jetzt seit ungefähr drei Wochen nur durch wenige Minuten, ja nur nach einigen Sekunden unterbrochen wird, auf die dann wieder ein Schlaf von ca. 20 Stunden folgt. In diesen kurzen Augenblicken des Wachseins müssen die Eltern alsbald hinzueilen, um schnell eine Stärkung einzugeben, da sonst bei der eintretenden Körperstarre die Beibringung von Speisen unmöglich ist.

— **Trier**, 26. Febr. Im Wiederaufnahmeverfahren wurde der Aeltere Theilen, der früher vor dem Schwurgerichte wegen Anstiftung zum Kindermord zum Tode verurtheilt worden war, freigesprochen.

— **Bremen**, 25. Febr. Der Prozeß zwischen dem Norddeutschen Lloyd und den Eigenthümern des Dampfers „Gratzie“ wegen Anführung der „Elbe“ wird jetzt endgültig vor dem holländischen Gerichtshof zum Austrage gelangen.

— **Hybult** in Oberhessen, 22. Febr. Sieben Schulkinder sind auf dem Rückweg von der Schule erfroren. Entgegenfahrend wurden die Leichen im Schnee aufgefunden.

— **Paris**, 28. Febr. Aus bester Quelle wird gemeldet, der gestrige Ministerrat habe die Einladung Deutschlands an die französische Regierung, an der Einweigung des Nord-Ostsee-Kanals theilzunehmen, bej. ochen und deren Annahme einmütig beschlossen.

— **London**, 26. Febr. Aus New-York wird gemeldet, daß ein ganzer Stadttheil der Stadt Hot Springs in Arkansas durch eine Feuersbrunst zerstört worden ist. Erst nach zehnstündiger Arbeit konnte man des Feuers Herr werden; acht Personen kamen bei dem Brande um, 18 andere werden vermißt.

— **Der Verbrauch von Steinkohlen** in der ganzen Welt stellt sich gegenwärtig auf rund 400 Millionen Tonnen im Jahr. Davon wird fast die Hälfte (44 pSt.) durch Berg- und Hüttenwerk, der vierte Theil durch Fabriken, ebensoviele durch die Gas- und Wasserwerke, sowie den häuslichen Bedarf verbraucht; für Transportzwecke zu Lande und zu Wasser werden nur 5 pSt. verwendet.

Locales.

— **Laasphe**, 26. Febr. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung kamen folgende Vorlagen zur Erledigung: 1) Der vom Magistrat erstattete Bericht über den Stand und die Verwaltung der Gemeinde-Angelegenheiten pro 1894/95 wurde von Herrn Bürgermeister Geisler vorgelesen. 2) Die Verammlung beschloß und genehmigte die vorgelegten Etats der Stadt-, Armen und Zuchtst.-Kasse. Der auf Grund des neuen Kommunalabgabengesetzes zum ersten Male aufgestellte Stadtkassen-Etat balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 30200 Mk. und steht ein

Communaldeficit von 20303,43 M. voraus, welches durch 200% (früher 200%) der Realsteuern und 175% (früher 190%) Zuschlag zur Staatseinkommensteuer gedeckt werden soll. 3) Es wurde ein auf Veranlassung des Bezirksausschusses neu aufgestelltes Hundesteuer-Regulativ genehmigt. 4) Den auf Grund des Wildschadengesetzes abgeänderten §§ 5 und 6 der Jagdpachtverträge mit der kaiserlichen Verwaltung wurde zugestimmt. 5) An Stelle des aus der Verammlung geschiedenen Herrn L. Fischer wurde Herr W. Conradi zum Mitgliede der Beleuchtungs- und Einquartierungs-Kommission gewählt. 6) In Bezug auf die Erhebung der Feuer- und Gemeindefürsorgebeiträge vom 1. April d. J. ab wurde beschlossen, daran festzuhalten, daß dieselbe durch den Stadtkassenverwalter erfolgen solle. 7) Das Gesetz der Freiwilligen Feuerwehr um künftige Ueberrahme des derelicten gehörigen Zubringers nebst Schlangwagen wurde abgelehnt.

Wir sind in der Lage, aus dem Seitens des Herrn Bürgermeister Geisler Namens des Magistrats in der letzten Stadtverordneten-Verammlung erstatteten

Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten pro 1894/95

folgende auszugewählte Mittheilungen zu machen:

Nach Maßgabe des § 61 der Städte-Ordnung für die Provinz Westfalen vom 19. März 1856 erstattet der unterzeichnete Magistrat über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Laasphe für das Jahr 1894/95 folgenden Bericht:

Das verfloßene Jahr ist ohne nennenswerthe Ereignisse für unser städtisches Gemeinwesen verfloß. Mit Dank gegen den Allmächtigen gedenken wir bei Beginn unseres Berichtes des Umstandes, daß die Wunden, welche das Jahr 1893 durch seine abnorme Witterung und die daraus entstandene Futternoth geschlagen, durch die reichgelegnete Erndte des vorigen Jahres größtentheils wieder geheilt worden sind. Vor Allem brachte das fruchtbare Wetter des Frühjahres eine Futterernte, wie sie seit Jahrzehnten nicht dagewesen ist; freilich war aber auch dann dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wuchsen, indem die andauernd nasse Witterung des Sommers einen Theil der glänzenden Ernteaussichten zu Nichte machte, so daß die eigentliche Fruchtternte nur als eine mittlere bezeichnet werden kann. Auch hatte der Fremdenbesuch unter der erwähnten Ungunst der Witterung sehr zu leiden, so daß derselbe nur eine ganz geringe Zunahme gegen das Vorjahr trotz der Seitens des hiesigen Gebirgsvereins gemachten Anstrengungen aufzuweisen hatte. Immerhin ist es unseren Mitbürgern bis auf ganz wenige besonders wirtschaftlich schwache möglich gewesen, die von Seiten der Stadt beschafften und ihnen gelieferten Futtermittel im Laufe des Jahres rationell zu bejahen.

Im vergangenen Frühjahr ist der Versuch gemacht worden, hierorts wieder einen regelmäßig abzuhaltenden Wochenmarkt einzurichten. Derselbe wurde auch von einer Anzahl Händler, namentlich aus dem Kreise Bielefeld, besucht und ist unseren Hausfrauen vielfach sehr willkommen gewesen. Wenn derselbe auch im Laufe des Winters der Witterungsverhältnisse und des Mangels an Waaren wegen vorübergehend eingegangen ist, so steht doch zu hoffen, daß er sich bei Eintritt des Frühjahres wieder beleben und zu einer dauernden Einrichtung herausbilden wird.

Nachdem schon seit Jahren die Mängel und Anzuträglichkeiten empfunden worden waren, welche sich aus den unzulänglichen Diensträumen der städtischen Behörden, vor Allem dem Fehlen eines Stadtverordneten-Sitzungssaales, sowie der in jeder Beziehung ungenügenden Dienstwohnung des Bürgermeisters ergaben, entschloß sich die Stadtverordneten-Verammlung zur Ausführung eines von der städtischen Bau-Kommission aufgestellten Projektes, wonach die Stadt, von ihrem Besitzrecht an dem evangelischen Schulhause Gebrauch machend, die Hälfte der oberen Etage desselben für ihre Zwecke reklamierte und darin die städtischen Diensträume einrichtete, während die bisher diesen Zwecken dienenden Räume im eigentlichen Rathhause zur Dienstwohnung des Bürgermeisters geschlagen wurden. Infolge des durch diese Maßnahmen bedingten Eingehens der Dienstwohnung des Rectors der evangelischen Volksschule wurde noch Raum gewonnen, die bisher in der sogenannten Kirchenschule, einem hässlichen und ungeunden Lokal, getrennt von der übrigen Schule untergebrachte Klasse in das Schulgebäude in einen geräumigen, luftigen und hellen Raum zu verlegen und so sämtliche Klassen unter einem Dache zu vereinigen. Die Ausführung dieses Projektes ist in einer über Erwarten befriedigenden Weise gelungen, so daß sich nachträglich wohl so mancher anfängliche Gegner desselben nun damit ausgeföhnt hat. Der Stadtverordnetenversammlung gebührt aber für ihr einsichtsvolles und bereitwilliges Vorgehen in dieser Angelegenheit der wärmste Dank.

Getreu dem seit Jahren gepflegten Grundsatz, alljährlich Verbesserungen in dem Zustande der städtischen Anlagen vorzunehmen und so einem gesunden Fortschritte zu huldigen, haben die städtischen Körperschaften in diesem Jahre durch weiteren Ausbau des nach Hesselbach führenden Weges einem lange gefühlten Bedürfnis abgeholfen. Außer dem im Etat vorgezeichneten Drittel der noch des Ausbaues bedürftigen Strecke ist unter vorläufiger Zuhilfenahme eines Theiles des für den Ausbau des Sassenhauser Weg angekauften Fonds, da die Ausführung dieses Baues vorläufig auf Hindernisse gestoßen ist, noch ein weiteres Drittel ausgebaut worden, so daß im kommenden Jahre der ganze Weg, soweit er auf städtischem Terrain liegt, fertiggestellt werden wird. Da auch die Gemeinde Hesselbach ihren Wegetheil bereits ausgebaut hat, restirt nur noch das dazwischen liegende, auf Fürstlich Wittgenstein'schen Terrain liegende Stück, zu dessen Ausbau aber die Zwangsverwaltung aus bereits im Princip ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, so daß nun bald die langersehnte direkte Verbindung beider Orte hergestellt sein wird. (Fortf. folgt.)

Verschiedenes.

— **Aus dem Sauerlande**, 28. Febr. Die schon über ein Jahrzehnt lang gehegte Hoffnung, daß der Staat eine Eisenbahn von Olsoerg bezw. Westwig, weil Olsoerg zum Einlaufen einer Bahn nicht geeignet ist, über Winterberg bis Frantenberg bauen werde, hat man endlich aufgegeben. Es hat sich deshalb in Winterberg ein Ausfluß gebildet, bezugs Herstellung einer Kleinbahn von Westwig über Olsoerg, bis vorläufig nach Winterberg. Man will die Richtung durch das Negerthal nehmen, wo sich verschiedene recht bedeutende Erz- und Schiefer-Gruben befinden. Durch diese Bahn würden zwei stark benutzte Chaussees, die durch das Negerthal und die ebenfalls von Winterberg ausgehende, durch das Negerthal führende Straße, entlastet werden. Eine ist Kreisstraße, die andere Provinzialstraße. Die Ersparnisse an Unterhaltungskosten für beide Straßen sollen wenigstens 12000 Mark jährlich betragen. Man hegt die zuverlässige Hoffnung, daß die Provinz und der Kreis sich, nur aus allgemeinem Interesse sich durch Ueberrahme von Anteilsgeldern an dem Unternehmen beteiligen werden, sondern auch nach Maßgabe der Ersparnisse an Unterhaltungskosten für die Straßen entsprechende unverzinsliche bzw. nach dem Stande der Ertragsfähigkeit der künftigen Bahn bedingte verzinsliche Zuschüsse leisten werden. Auch vom Staat erwartet man Beiträge, denn der große abgeschlossene Theil des Sauerlandes ist bis jetzt im Bahnbau mehr als flüßmüßig behandelt worden. Würde die Theilstrecke Westwig-Winterberg als Schmalspurbahn ausgebaut, so müßte doch wohl von der Forstung bis Frantenberg Abstand genommen werden; denn die gesamte Linie würde einen Eisenbahn-Weg von 70 bis 80 km notwendig machen. Für die Zukunft wäre dann eine andere Verabredung der oberen Negerthal-Bahn mit Frantenberg in Aussicht zu nehmen.

— **Hamburg**, 20. Febr. Carl Abs, der Athlet und Ringkämpfer, der vor einigen Tagen schon todt gesagt wurde, ist im 44. Lebensjahre verstorben. Er lag seit längerer Zeit an einem Leberleiden schwer krank darnieder. Medienburgische Blätter schreiben fälschlich über den nun Engländer: Inmitten verbannter Kämpfer war aus Gedenken geblieben. Er ging nach Verlegung seiner Schulzeit bei seinem Vater, der das Schmiedehandwerk betrieb, in die Lehre, diente später im 14. Jägerbataillon und liebkte 1879 nach Hamburg über, wo er in einem Wirtshaus eine Stelle fand. Als im Winter 1881 bis 82 einige Ringkämpfer Vorstellungen gaben, versuchte er sich zum erstenmal auf dem Gebiete der athletischen Kämpfe, trat mit dem gewerkschaftlichen Ringern in die Schranken und trat einen glänzenden Erfolg davon. Von nun an widmete er sich dem gewerkschaftlichen Athletentum. Während er anfangs lediglich durch seine Kraft Erfolge errang, bildete er sich immer mehr in der eigentlichen Kunst des Ringens aus, sodaß er darin zu einer Meisterrolle gelangte, die ihn allen zeitgenössischen Ringkämpfern überlegen machte. In Amerika besiegte er den Champion von England, Edwin Sibby, den Champion von Amerika, William Muldoon, und den berühmten Japaner Madada Soratichi. In Frankreich überwand er Doublier, Christol, Rigal, Dom Pedro und Fourrier. In Berlin besiegte er im Sommer 1891 auf der Berliner Boxbrauerei Tom Canaro, den gefürchtetsten Ringler, dem Abs nicht nur an Kraft und Gewandtheit, sondern auch an Klugheit überlegen war. Von den ersten Erträgen seines öffentlichen Auftretens gründete Abs in Hamburg eine Gastwirtschaft, trat aber nach wie vor als Ringkämpfer auf. Er wurde so wohlhabend, daß er endlich auch unter die Sportsmen ging, legte sich einen Stall von Trabseerden an und war Theilnehmer der meisten Trabmeetings. Seine Krankheit war durch seine Berufsausübung herbeigeführt; er hatte sich das tödtliche Leiden durch Heden von riesigen Gewichten zugezogen.

— **Folgendes Wittgenbuch an den Kaiser** richtete eine Schieferin, deren Sohn wegen Diebstahls bestraft worden war: „Hochgeehrte großmächtige Majestät! Nehmen Sie mir nicht sehr ungut, wenn ich schreibe an Sie. Ich machs kurz weil Sie ja doch nicht viel Zeit ham wern. Nämlich Morle (Karl), mei elster, is sonst a guutes Jüngel. A is och halt bläßig (nur, blos) in ei schlechte Kumpant neigeroeten und da hot er gelangfingert. Kieofte, beste Majestät, thun Sie mer od a einzigste Gefallen und begnadigen Sie mer mei Sohndel. Ich wern schon wieder orntlich friegen. Sie ham ja och in grüßen Jungen, der de wol och schon manches ausgefressen hat. Mir läben Sie mer recht gesund, Majestät, und grüßen Sie mer ihre Frau, de Konfession, recht schiene von Ihrer allethänigsten Dienerrin der Kuchlerin.“ Die Begnadigung erfolgte denn auch.

Rechtspflege.

— **Alt der Trauring pfändbar?** Gegenüber der Frage, ob ein Gerichtsvollzieher besugt ist, Mangel anderer Pfandobjekte den Trauring zu pfänden, dürfte es allgemein interessieren, daß das königliche Landgericht zu Breslau vor längeren Jahren eine Entscheidung erlassen hat, durch welche diese Frage verneint wird. In den zu dem betreffenden Urtheil erlassenen Entscheidungsgründen heißt es, wie folgt: Der Trauring als Symbol des für das ganze Leben geschlossenen Ehebundes sei so untrennlich an die Person gebunden, daß er getrennt von derselben sogar keine allgemeine Bedeutung und Zweckbestimmung als Ring für Andere der Regel nach vollständig verliere und nur nach seinem Metallwerth in Betracht kommen könne. Durch diese dauernde und ausschließliche Beziehung zu seinem Besitzer unterscheide er sich wesentlich von anderen Gegenständen, welche auch in den Händen eines Dritten ihre Bestimmung und ihren Werth behalten. Aus Gründen des öffentlichen Interesses dürfte es sich empfehlen, einzelne solcher Sachen von der Zwangsvollstreckung auszuschließen. Bezüglich eines Traurings sei eine ausdrückliche Auslegung entbehrlich, weil eben seine Natur ihn in eine von der Kirche geheiligte, von der allgemeinen Volkssitte anerkannte und daher auch, sofern nicht ausdrückliche gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen, vom Richter zu schätzende, untrennbare Beziehung zu seinem Besitzer gebucht hat. Aus dem Umfande, daß der Trauring in § 715 C. P. O. nicht ausdrücklich erwähnt ist, lasse sich also die Annahme nicht rechtfertigen, daß nach dem Willen des Gesetzgebers der Trauring gepfändet werden kann, welche Annahme auch weder in den Motiven der Regierungsvorlage, noch in den Kommissionsberatungen oder sonstigen Verhandlungen des Reichstages irgend welchen Anhalt finde. Aus diesen Gründen sei die über die Pfändung des Traurings erhobene Beschwerde gerechtfertigt.

Bekanntmachung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen:

- am Dienstag den 5. März cr. Vormittags 9 1/2 Uhr in Niederlaasphe, Verammlung Wirth Achenbach, 1 Tisch;
- am Mittwoch den 6. März cr. Vormittags 11 Uhr in Fißelbach, Verammlung Wirth Weiß, ca. 10 Uhr. Neu öffentlich meistbietend gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden. Laasphe, den 1. März 1895.

Strack, Gerichtsvollzieher.

Diesjenigen, welche ihre Kirchensteuer pro 1894/95 noch nicht fertig entrichtet haben, werden hierdurch aufgefordert, bei Vermeidung exekutivischer Beitreibung binnen 8 Tagen dieselbe berichtigen zu wollen.

Laasphe, den 28. Febr. 1895.

Das Presbyterium.

Bekanntmachung.

Das Curatorium der Landesbank der Provinz Westfalen hat den Zinsfuß für von jetzt ab neu zu bewilligende Ausleihungen wie folgt, weiter ermäßigt:

1. Der Zinsfuß für Darlehen an politische, Kirchen- und Schulgemeinden, sowie an Verbände, welche Gemeinden gleich zu stellen sind, wird bis auf Weiteres auf 3 $\frac{1}{2}$ % festgesetzt.
2. Für Darlehen auf vorwiegend ländlichen Besitz beträgt der Zinsfuß 3 $\frac{3}{4}$ % bis 3 $\frac{1}{2}$ %, die Amortisation in der Regel nicht unter 1 %.
3. Bei der Beleihung von Wohngebäuden ohne ländlichen Besitz bleibt der Zinsfuß von mindestens 4 % bei einem Tilgungssatz von 2 % oder mehr, bestehen.

Bei allen Darlehen der Landesbank beginnt die Tilgung mit dem der Abhebung des Gesamtbetrages folgenden 1. April, und es werden keine Verwaltungskosten berechnet. Die Darlehen der Landesbank stellen sich dadurch für die Schuldner wesentlich günstiger, als wenn bei niedrigerem Zinsfuß die Amortisationsraten für mehrere Jahre einbehalten werden.

Beleihungen können statutgemäß bis zur Hälfte des durch eine im Auftrage des Direktors der Landesbank ausgenommene Lage ermittelten Wertes vom Curatorium der Landesbank bewilligt werden. Anfragen und Darlehnsgesuche sind an den Direktor der Landesbank der Provinz Westfalen in Münster in Westfalen zu richten.

Laasphe, den 22. Februar 1895.

Der Bürgermeister Geisler.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Benfe Band 1a Blatt 1 auf den Namen des Tagelöhners Heinrich Stöcker II. zu Benfe (Stöckershaus) eingetragenen Grundstücke: Flur 1 Nr. 6, 14, 15, 24, 27, 28, 29, 79 25 und 82 26 der Gemeinde Benfe

am 20. April 1895, Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht — und zwar an Ort und Stelle beim Wirth Althaus zu Benfe versteigert werden.

Die Grundstücke sind mit 11,28 Mk. Reinertrag und einer Fläche von 2 Hektar 89 ar 09 qm zur Grundsteuer, mit 36 Mk. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere die Grundstücke betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei I eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Kapital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreffende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verteilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diesemjenigen, welcher das Eigentum der Grundstücke beanspruchen werden, wird aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt. Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird am 22. April 1895, Mittags 12 Uhr, an Gerichtsstelle verkündet werden.

Laasphe, den 21. Februar 1895.

Königliches Amtsgericht.

Confirmanden-Anzüge,

hochlegant, von 10 Mark an bis zu den feinsten Kammgarn-Anzügen à 15, 18, 20 Mark u. s. w.
Einzeln: Hosen, Westen und Röcke, Confirmanden-Stiefel und Stiefletten à Mk. 4,50, 5 und 6 Mk. u. s. w. Hemden, Kragen, Manschetten, Schlipse Hüte à 1 Mk., 1,50 u. s. w.

Eine vollständige Confirmanden-Ausstattung, bestehend aus: Anzug, Stiefel, Hemd, Hut, Kragen, Manschetten und Schlipse

20 Mark

im Oberhessischen Kleider-Bazar

von

H. Möller, Marburg i. H.

22 Steinweg 22.

NB. Jedes Stück lasse ich selbst anfertigen und kann daher für dauerhafte Arbeit sowie für eleganten Sitz volle Garantie geleistet werden. Anzüge nach Maß ohne Preiserhöhung. D. D.

Aug. Mittelmann, Laasphe
empfehlte sein großes Lager in
Eisenwaaren und Haushaltungsgeräthen.



Unserem verehrten Dirigenten zu seiner heutigen Verlobung die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.
Erndtebrück, den 2. März 1895.

Die Mitglieder des Gesangsvereins „Eintracht“.

Zur Confirmation

empfehlte bei äußerst billigen Preisen in reichhaltiger Auswahl:
fertige Anzüge, Burkin, Kammgarn, Tuch- u. Cheviotstoffe. (Anfertigung nach Maß unter Garantie.) Faltenhemden, Vorhemden, Kragen, Manschetten, Schlipse, Taschentücher u. s. w.

Laasphe Fr. Loos I.

Wer eine gute Violine anschaffen will, braucht dieselbe nicht von auswärtigen Handlungen zu beziehen.

Ich halte nur wirklich gute und brauchbare Instrumente auf Lager.

Klangvoller und kräftiger Ton, leichte Ansprache, Schöner und solider Bau, bequeme Spielart

sind die Hauptvorteile meiner Violinen.
Sämtliche Violinbestandtheile, als Bogen, Kästen u. in nur bester Qualität. Besonders empfehle sehr haltbare und tonreine Violin-, Gitarre- und Zithersaiten.

Aecht italienische Violin-E-Saiten.
Laasphe. W. Jung.

Fr. Benfer, Laasphe

empfehlte sein reiches Lager einfacher und eleganter Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren,

unter Garantie solider Arbeit.
Teppiche, Tischdecken, Kissen- und Möbelstoffe, Gardinen und Rouleaux in schöner Auswahl.

Ferner empfehle als Geschenke:
geschmückte und gedrehte Holzwaaren.

Clavierstuhl, Nähtische, Nahtische, Salontische, Servirtische, Tablett, Blumentopfstände, Rippesstände, Wandbretter, Etagere, Zeitungsmappen, Garderobenhalter u.

fertige Stickereien
Damentaschen, Schulranzen, Hosenträger u.

Roßfessel und Blumentische.

Erbsen:

- Ia. geschälte Riesenerbsen, gepökelte
- „ grüne Delikatesserbisen, rohe Victoria-Erbsen, kleine grüne „ mittel

Linien und Bohnen, alles sehr gut kochend, empfiehlt Laasphe. Friedr. Mez.

NB. Empfehle auch Ia. Gersten- und Gerst- zum billigsten Tagespreis.

Sie Husten

nicht mehr bei Gebrauch der berühmten

Kaiser's Brustbonbons

anerkannt bestes im Gebrauch billiges bei Husten, Heiserkeit, Catarrh und Verschleimung. Gilt in Pat. à 25 Pf. in der Niederlage bei

Ludwig Hoch.

Cigarren-Offerte

à 25, 28, 30, 33 Mk. per Mille, netto Kassa ab hier, Sumatra, volles Facon, in 1/10 Klappstücken, qualitativ und gut brennend. Versand gegen Nachnahme, nicht unter 500 Stück. Peter Häuser, Cigarren-Fabrik, Dattenfeld (Sieg).

Marburg i. H.

Gegenüber dem Bahnhof (links) „Bahnhofshôtel“

Das Hotel ist vollständig renoviert, vergrößert und neu eingerichtet.

Freundl. Zimmer mit franz. Betten
Vorzügliche Küche. Feines Restaurant.

Logis mit Frühstück Mk. 1,50—2,50
Mittagsmahl zu Mk. 0,70, 1,00 u. 1,50

Vorzügl. Casseler Actienbier.
Balsbichs dunkles Exportbier.

Reingehaltene Weine
in Glas und Flaschen.

Rhein-, Mosel- und Rothweine,
Niederlage der Firma

Wilh. Wasum, Bacharach bei

Emil Dürsch.

Hotel Wittgensteiner Hof, Erndtebrück.

Verkauf zu Originalpreisen außer dem Hause.

Feinste Delikatess-Ofen = Fett-häringe, marinierte feinste Ostsee-Brathäringe, Bismarckhäringe, Prima Sardellen, pr. Pfd. 1 Mk. Sardinen in Öl empfiehlt Laasphe. Lud. Hoch.

Gefunden!

Am 27. Februar 1895 ist in der Wallstraße hier selbst in der Nähe des Bäckers Aug. Fischer'schen Hauses ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden worden.

Der Besitzer desselben wird hierdurch aufgefordert, sich zur Geltendmachung seiner Rechte innerhalb drei Monaten bei der unterzeichneten Behörde zu melden.

Nach Ablauf dieser Frist wird mit dem Funde gemäß §§ 6 u. f. des Reglements über die polizeiliche Behandlung der Fundgegenstände vom 21. April 1882 verfahren.

Laasphe, den 27. Febr. 1895.

Die Polizei-Verwaltung Geisler.

Danksagung.

Allen denen, welche meiner lieben Frau, unserer Mutter, Schwieger- und Großmutter Henriette Kraft

geb. Bomhof die letzte Ehre erwiesen, sowie für die vielen Kranz- und Blumenpenden sagen wir unseren herzlichsten Dank.

Laasphe, den 26. Febr. 1895.

Die trauernden Hinterbliebenen.



Bienenzuchtverein für Laasphe und Umgegend.

Sonntag den 3. März, Nachm. 4 Uhr
Versammlung

im Vereinslokale.

Tagesordnung:

1. Erhebung der Beiträge für das 1. Quartal 1895.
2. Besprechung über die Auswinterung und zweckmäßigste Frühjahrsfütterung der Bienen.
3. Vereins-Angelegenheiten.

Der Vorstand.

Kriegerverein Erndtebrück

Sonntag den 3. März, Nachm. halb vier Uhr
Versammlung

im Vereinslokal bei Herrn Martin. Der Vorstand.

Sonntag den 3. März, Nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr
Zusammenkunft

der diesjährigen Laaspheer Militärpflichtigen bei Wirth Ludw. Koch am Bahnhof.

Für Zahnleidende!

Montag den 4. März
bin ich wieder in Laasphe, Restaurant L. Koch auftretend.

Alle in die Zahnkunst einschlagenden Arbeiten, wie Anfertigen künstl. Zähne und Gebisse, Reparaturen, Zahnoperationen, Plombieren, Geraderichten schief gewachsener Zähne u. s. w. werden in nur solider Weise ausgeführt.

Kramer
aus Biedenkopf.

Für Hausfrauen!

Mühlenberg's gezehl. geschützte Möbelpolitur zum Selbstgebrauch zu haben bei Carl Schröder, Möbelhandl., Laasphe.

Praktische Neuheit!

Bügelträger mit Stahlbügel
D. R. G. M. Nr. 23180

stetige kräftige Spannung.
Preis: 2 $\frac{1}{2}$ 3 Fuß

2,30 2,70 Mk. p. Stück

liefert die Eisenhandlung von

Laasphe. Aug. Mittelmann.

Die Beleidigung, welche ich gegen die Fabrikarbeiterin Wilhelmine Hahn ausgesprochen habe, nehme ich hiermit als unwarh zurück.

Laasphe. Auguste Ducharbdt.

Hierzu Nr. 8 des Anstr. Familienbl.